Resolution „Für einen ökologischen Aufbruch in NRW“

*Antragsteller*in: BUND Landesvorstand*

Die Koalition aus CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN war 2022 angetreten, Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas zu machen. Der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen, gute Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit sollten vereint und NRW damit zu einem Vorbild für andere werden.

Stillstand bei der sozial-ökologischen Transformation

Heute stellen wir fest: Unser Land Nordrhein-Westfalen ist bei der sozial-ökologischen Transformation kaum vorangekommen. Unbestreitbaren Fortschritten, zum Beispiel beim Ausbau der erneuerbaren Energien, stehen in vielen beispielhaften Handlungsfeldern Stagnation oder sogar Rückschritte entgegen:

- Die Landesregierung war angetreten, die Biodiversitätskrise als die zweite große ökologische Krise unserer Zeit wirksam zu bekämpfen und in allen Politikfeldern mitzudenken. Die Realität ist ernüchternd. Bis heute fehlt ein Konzept, wie die Vorgaben für einen wirksamen Schutz der Natur auf 30 Prozent der Landesfläche und zur Wiederherstellung geschädigter Land- und Wasser-Ökosysteme umgesetzt werden sollen. Der Prozess zur Ausweisung eines zweiten NRW-Nationalparks steht aufgrund einer verfehlten Herangehensweise und starker Widerstände des christdemokratischen Koalitionspartners vor dem Scheitern. Beim notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien droht der Schutz der Artenvielfalt deutlich in den Hintergrund zu treten.

- Trotz der Bekenntnisse zum flächenschonenden Bauen und zum Flächenrecycling schreitet der Flächenfraß weiter voran. Tagtäglich gehen noch immer etwa 6 Hektar unverbauter Flächen allein für Siedlungen und Verkehr verloren. Es werden großem Stil Bau- und Gewerbegebiete auf der „grünen Wiese“ geplant und zur Baustoffgewinnung neue Flächen für die Gewinnung von Kies, Sand und anderen nicht-energetischen Rohstoffen ausgewiesen. Anstatt die Kreislaufwirtschaft zu forcieren, die Bauwende einzuleiten und ein ressourcenschonendes Bauen sowie Sanieren im Bestand zu priorisieren, setzen Land und Kommunen viel zu oft auf Abriss und Neubau.

- Die angekündigte „Zukunftsstrategie Wasser“ lässt weiter auf sich warten. Dabei zeigen uns die katastrophalen Folgen der in Häufigkeit und Intensität zunehmenden Starkregen-, Hochwasser- und Dürreereignisse, wie unverzichtbar ein intakter Landschaftswasserhaushalt ist. Weniger als 10 Prozent der NRW-Gewässer erreichen heute den gesetzlich geforderten guten ökologischen und chemischen Zustand. Anstatt sorgsam mit der Ressource Wasser umzugehen, soll einem drohenden Wassernotstand mit Fernwasserleitungen begegnet werden. Es fehlt zudem der politische Wille, den Eintrag von PFAS und andere Ewigkeitschemikalien, von Nitrat und Pestiziden aus der Landwirtschaft zu reduzieren.

- Beim Strukturwandel im Rheinischen Revier ist eine Ausrichtung der Förderung von Industrieprojekten an den UN-Nachhaltigkeitszielen kaum erkennbar. Milliardensummen werden so für „Business-as-usual"-Projekte verplant, die Klimawandelanpassung und der angestrebte Ökosystemverbund kommen nicht voran, bei der Neuplanung der alten Bergbauflächen und Braunkohlerestlöcher wird dem Naturschutz lediglich eine kleine Nische eingeräumt. Die notwendige Sanierung des Gewässerhaushalts orientiert sich bislang weniger an den ökologischen Erfordernissen als an wirtschaftlichen Interessen des Verursachers. Selbst das Kohleausstiegsjahr 2030 wird wieder vehement infrage gestellt.

- Der öffentliche Verkehr, der Schienenverkehr und der Radverkehr sind das Rückgrat der zukünftigen nachhaltigen und vernetzten Mobilität. So steht es im Koalitionsvertrag, doch die Umsetzung kommt nur im Schneckentempo voran. Anstatt das Angebot im ÖPNV wie angekündigt um 60 Prozent zu erhöhen, wird nur noch versucht, eine Ausdünnung zu verhindern. Die aktuell laufende Landesstraßenbedarfsplanung scheint zu einer Liste der „Wünsch-dir-was" Ortsumgehungen zu entarten. Obwohl es im Bereich der E-Mobilität Fortschritte gibt, wie z.B. das Handlungskonzept für den Ausbau der Ladeinfrastruktur, scheint das Ziel von drei Millionen Elektrofahrzeugen bis 2030 unerreichbar zu sein. Im Radwegeausbau zeichnet sich ein ähnliches Bild ab: Von den bis 2027 versprochenen 1000 Kilometer neuer Radwege wird voraussichtlich nur ein Bruchteil realisiert. Düster auch das Bild bei den Radschnellwegen: Von den angekündigten Strecken sind bislang lediglich 18 Kilometer umgesetzt worden, davon nur sieben im Radschnellweg-Standard.

Landeshaushalt mit falschen Weichenstellungen

Trotz anerkannt schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen erwarten wir, dass die für ein zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen erforderlichen Maßnahmen mit Nachdruck und hoher Priorität angegangen werden. Das muss sich auch in der Haushaltsplanung des Landes für 2025 widerspiegeln. Das starre Festhalten an der Schuldenbremse erweist sich dabei als Hemmnis.

Der Entwurf für den Landeshaushalt enthält allerdings einige falsche Weichenstellungen, die dringend korrigiert werden müssen.

- So muss die im Etat des Ministeriums für Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MLV) angelegte Streichung der Zusatzförderung der Energieberatung zurückgenommen werden. Durch den Wegfall von 6,3 Millionen Euro würde die unersetzliche Arbeit der Verbraucherzentrale NRW im Themenfeld ‚Energetische Sanierung' außerhalb der kommunal finanzierten Beratung beendet. Die Streichung wäre ein schwerer Rückschlag für die Wärmewende unter Mitnahme der Bevölkerung.

- Unverständlich bleibt, warum das Land auf Einnahmen mit ökologischer Lenkungswirkung und auf Anreize zur Entwicklung umweltfreundlicher Alternativen des zirkulären Wirtschaftens verzichtet. Laut Koalitionsvertrag sollte zum 1. Januar 2024 eine Rohstoffabgabe auf Kies und Sand eingeführt werden. Unter dem Druck der Abgrabungslobby ist dieses Vorhaben offensichtlich gescheitert. Damit dürfen die Abgrabungsunternehmen die der Allgemeinheit gehörenden, endlichen Rohstoffe weiterhin gratis entnehmen aber teuer weiterkaufen.

- Die fristgerechte Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie erfordert laut Landesregierung allein im Bereich der ökologischen Gewässerentwicklung einen Investitionsbedarf von 3,9 Milliarden Euro. Zur Maßnahmenumsetzung sollen 2025 gerade einmal 66,6 Millionen Euro Landesmittel zur Verfügung gestellt werden. Diese speisen sich aus dem Wasserentnahmeentgelt. Dessen Reform ist längst überfällig. Gerade angesichts der sich zuspitzenden Wasserkrise sollten die im bundesweiten Vergleich zum Teil niedrigen Entgeltsätze für Industrie und Energiewirtschaft deutlich angehoben werden. Längst überfällig ist auch, dass die Ausnahmeregelung für die Landwirtschaft beendet wird.

- Während im Bereich Klimaschutz und Energiewende mit 473,4 Millionen Euro ein Plus von 58,7 Millionen Euro eingeplant wird, bleibt der Naturschutz mit 53 Millionen Euro bei leicht sinkendem Haushaltsansatz deutlich unterfinanziert. Im Koalitionsvertrag hatte die Regierung noch eine Verdoppelung des Naturschutzetats angekündigt. Die Kürzungen bei Maßnahmen des Arten- und Biotopschutzes und zur Förderung des ehrenamtlichen Naturschutzes von mehr als 2 Millionen Euro sind vor diesem Hintergrund das falsche Signal.

- Auch die Kürzung der Mittel zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie um 500 000 Euro auf nunmehr 2,1 Millionen Euro ist unverhältnismäßig und gefährdet massiv die Zielerreichung. Die Zivilgesellschaft leistet nicht nur bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie einen unbezahlbaren Beitrag, sie trägt mit vielen beispielhaften Projekten auch ganz konkret zur sozial-ökologischen Transformation bei. Die geplante Kürzung des Zuschusses für die Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW um 500 000 auf 3,5 Millionen Euro muss daher zurückgenommen werden.

- Auch wenn die Verstetigung von Mitteln in den Radwegeausbau lobenswert ist, bleibt das Ungleichgewicht zugunsten des motorisierten Individualverkehrs weiterhin erkennbar. Geplanten Investitionen von 39 Millionen Euro für Radwege stehen 271 Millionen Euro für den Landesstraßenausbau und -erhalt gegenüber. Während 40 Millionen Euro in die kommunale Nahmobilität fließen sollen, werden 70 Millionen Euro in Straßeninfrastruktur der Gemeinden und Kreise investiert.

- Die Finanzierung des ÖPNV und der Schieneninfrastruktur bleibt ebenfalls hinter den Notwendigkeiten zurück. Auch wenn die Bundesregierung hier primär in der Pflicht ist, die Regionalisierungsmittel weiter zu erhöhen, verpasst es das Land, andere Finanzierungsmöglichkeiten zu erschließen. Die im Koalitionsvertrag den Kommunen eingeräumte Möglichkeit einer Drittnutzerfinanzierung (z. B. durch City-Maut, Parkraumbewirtschaftung) lässt auf sich warten.

- Den von der Landesregierung mitbeschlossenen Preisanstieg des Deutschlandtickets auf 58 Euro kritisiert der BUND massiv. Preisstabilität ist essenziell, um das Ticket als zentrales Instrument der Verkehrswende zu sichern. Gleichzeitig fordern wir, das NRW-Sozialticket weiter dauerhaft zu finanzieren. Die dafür zur Verfügung gestellten Mittel von 40 Millionen Euro sind nicht ausreichend, um Daseinsvorsorge und Teilhabe über Mobilität zu gewährleisten.

Mehr Tempo beim Umwelt- und Naturschutz

Der BUND appelliert deshalb an die Landesregierung und die Politiker*innen im Landesparlament:

Der Erhalt der biologischen Vielfalt und der Klimaschutz müssen endlich gleichrangig vorangebracht werden. Sie sind zwei Seiten ein und derselben Medaille: Ohne resiliente Ökosysteme und intakte biologische CO_2-Senken wie natürliche Waldökosysteme oder wiedervernässte Moore kann der Klimawandel nicht beeinflusst und verlangsamt werden. Ohne echten Klimaschutz statt Scheinlösungen wie dem Abscheiden und Speichern von Kohlendioxid werden wir auch unsere Artenvielfalt nicht sichern können.

Auch die Ressourcenkrise erfordert konsequentes Handeln, denn ohne intakte Böden und sauberes Wasser, ohne einen schonenden Umgang mit unseren nicht-erneuerbaren Rohstoffen hinterlassen wir den nachfolgenden Generationen eine schwere Hypothek.

Es muss deshalb Schluss sein mit einer Politik des gedankenlosen Weiter-so, der nur ideologisch begründeten Bevorzugung des Autoverkehrs und der Missachtung aller nachhaltigen Haushaltsgrundsätze. Wir brauchen mehr Politiker*innen, die sich für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen.

Für einen ökologischen Aufbruch in NRW!

Einstimmig angenommen